

## Antisemitismus widersprechen



Der Abdruck einer antisemitischen Karikatur hat Folgen: Der Klett Verlag makuliert das Schulbuch. (Foto: fro)

**Es ist ein ausgesprochen bitterer Fehler, den sich der Klett Verlag geleistet hat: In einem Schulbuch für Sozialwissenschaften druckte er eine antisemitische Karikatur, die aus der Feder eines Holocaustleugners stammt (akduell berichtete). Während der Verlag derweil die Schäden des Vorfalls beheben möchte, schaltet sich auch der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck ein und fordert: Schon in der Schule muss über antisemitische Verschwörungstheorien aufgeklärt werden.**

„Die antisemitische Karikatur in dem Schulbuch *Anstöße 2* schockierte mich“, sagt Volker Beck auf Anfrage der akduell. Dass solch einer Illustration – bei Verlagsmitarbeitenden, den Kultusministerien und Lehrer\*innen vollkommen unbemerkt – der Einzug in ein Schulbuch gelingen konnte, ist für ihn nicht nachvollziehbar. Wie das trotzdem passieren konnte, möchte der Bundestagsabgeordnete nun herausfinden und hat an sämtliche Kultusministerien Anfragen geschickt, die bislang aber nicht beantwortet wurden. Auf eine Rückfrage der akduell, weshalb die antisemitische Karikatur beim Genehmigungsprozess niemanden aufgefallen ist, hat das nordrhein-westfälische Schulministerium bis Redaktionsschluss ebenfalls keine Stellung bezogen. Dabei kommt ihm eine entscheidende Rolle zu. Schließlich ist das Schulministerium letztlich für die Genehmigung von Lernmitteln zuständig.

Nachdem die akduell über den Vorfall berichtet hatte, folgten weitere Artikel verschiedener Medien über die antisemitische Karikatur. Mit Beiträgen unter anderem in

der *taz*, der *Vice* und dem *Tagesspiegel* wurde das Thema breit diskutiert. Auch französische und englische Zeitungen berichteten darüber. Der Klett Verlag hat indes die Auslieferung des Schulbuches gestoppt und eine überarbeitete Austauschseite erstellt, die nun an die Schulen versandt werde. Die Karikatur wurde durch ein unverfängliches Symbolbild ersetzt. Auch der Online-Link zum Buch sei umgehend ausgetauscht worden. „Allen Schulen, die das Lehrwerk einsetzen, wurde überdies angeboten, die Lehrwerke gegen eine überarbeitete Neuausgabe einzutauschen“, erklärt der Verlag in einer Pressemitteilung und entschuldigt sich für diesen „schwerwiegenden Fehler“. Trotzdem meint Beck: „Der Fall ist ernst zu nehmen, denn die Illustration ist ein klassischer Fall von antisemitischer Kapitalismuskritik.“ Jüd\*innen werde die Schuld am Kapitalismus und den damit einhergehenden Krisen zugewiesen. In der Folge würde ihnen das Übel der Welt angedichtet. „Dieses antisemitische Stereotyp ist nichts Neues“, führt er fort und verweist auf die Historie des Antisemitismus.

### Lehramtsstudierende müssen sensibilisiert werden

Mit der Abbildung solcher Karikaturen in Schulbüchern befördere man die Verbreitung von Antisemitismen bei Jugendlichen. „Dass solche antisemitischen Abbildungen so lange durch Klassenzimmern, Schulstunden und Unterrichtsvorbereitung geistern konnten, zeigt, dass Antisemitismus, das Gerücht über die Juden, verbunden mit klassisch-antijüdischen, rassebiologischen oder antizionistischen Bildern, in unserer Gesellschaft leider

### Österreich und das Verbot



Ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst in Österreich? Ein Interview dazu lest ihr auf **Seite 3**.

### BVB im Widerspruch



Eine kritische Auseinandersetzung mit dem BVB und der Kritik an RB Leipzig lest ihr auf **Seite 6**.

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

immer noch zu unserem kulturellen Gepäck gehören“, so Beck weiter.

Während der vier Jahre, in denen die Karikatur in einigen Bundesländern als Diskussionsgrundlage für die Euro-Krise dienen sollte, hätten sich laut Klett Verlag keine Lehrer\*innen beschwert. Daher fordert Beck, dass auch in den Lehramtsstudiengängen über antisemitische Verschwörungstheorien gelehrt werden soll. Bisher wird das Thema in den sozialwissenschaftlichen Lehramtsstudiengängen überhaupt nicht behandelt. Wenn die Lehrer\*innen ausreichend sensibilisiert seien, könne man solche Grafiken aber auch im Rahmen einer Unterrichtsreihe zu Verschwörungstheorien und gegenwärtigem Antisemitismus als Anschauungsmaterial nutzen und thematisieren. Mit der Einbeziehung des Themas in den Unterricht könne man Schüler\*innen vermitteln, dass Antisemitismus noch immer ein Problem ist, dem es zu widersprechen gelte. „Dafür reicht es nicht aus, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus und Deutschlands auseinanderzusetzen, sondern auch heutigen Antisemitismus zu erkennen, um ihm widersprechen zu können“, sagt Beck. [fro]

# Mit Zuckerwatte gegen Kürzungen

## Kommentar

### Die geballte Unfähigkeit

Von Philipp Frohn

In Duisburg ist das Nahverkehrsangebot eine Katastrophe. Das geht aus einer Auswertung von Fahrplänen in über 50 Städten des Beratungsunternehmens Civity hervor, die der *Zeit* vorliegt. Um das herauszufinden, wurden die Abfahrten aller Busse und Bahnen aller Haltestellen zusammengezählt und durch die Anzahl der Stadtbewohner\*innen dividiert. Zumindest bei den Bahnen hatte das Unternehmen in Duisburg sicherlich nicht viel zu tun. Mit seinen drei Linien und dem für eine Großstadt dürftigem U-Bahn-Netz, das unglaubliche sieben Haltestellen zählt, kann die Duisburger Verkehrsgesellschaft (DVG) nicht gerade glänzen.

Problematisch ist, wenn das mangelhafte Verkehrsangebot auch noch beeinträchtigt wird: Derzeit werde nach Angaben der DVG ein Drittel der insgesamt 45 Straßenbahnen saniert (Stand: November 2016) – was dringend nötig ist, denn die Bahnen sind nunmehr bis zu 30 Jahre im Betrieb. Die Folgen sind für Kund\*innen aber spürbar. Passagier\*innen der Linie 901 müssen sich mit Ersatzbussen begnügen, da die Straßenbahnen der Linie schon seit Jahren zur Kompensation für die Strecke der viel befahrenen 903 genutzt werden. Und auch auf letzterer fahren neuerdings Ersatzbusse, um das Sardinienbüchsen-Feeling in den Transportmitteln zu mindern. Leider kam die DVG noch nicht auf den Gedanken, die Abfahrtszeiten der Busse transparent zu machen, sodass die Ankunft derer ein Glückspiel ist. Es ist keine Seltenheit, dass nur eine Handvoll Passagier\*innen die Busse in Anspruch nehmen, zumal diese nur einen Streckenteil abfahren.

Aber: Aus der Unfähigkeit der DVG kann man Kapital schlagen! Das Verkehrsunternehmen bietet ironischer Weise mit dem Titel „Immer nach Plan“ versehene Vorhaben an, bei Verspätungen ab zehn Minuten die Fahrtkosten (teilweise) zurückzuerstatten. Wenn der online einzureichende Antrag bewilligt wurde – und das wird er in der Regel – können sich Studierende pro Verspätung 1,60 Euro in der Kundenzentrale abholen. Buchführung lohnt sich im Übrigen. Innerhalb eines Monats können um die 20 Euro anfallen. Es könnte ein zukunftsträchtiges Geschäft sein. Denn bis der Nahverkehr in der Ruhrgebietsstadt auch nur annähernd dem einer Großstadt gerecht wird, dürfte es noch einige Jahrzehnte dauern. Erst ab 2020 sollen neue Straßenbahnen auf Duisburgs Schienen fahren.



Bei kaltem, aber sonnigem Wetter wurden die Studierenden über die geplanten Kürzungen informiert. (Foto: mehu)

**Auf der vergangenen Sitzung des Studierendenparlamentes (StuPa) wurde der Haushalt in erster Lesung behandelt und ausgiebig über die Verteilung der Gelder für die Autonomen Referate diskutiert (aktuell berichtete). Diese sollen – geht es nach den AstA-tragenden Listen – unter den Interessensvertretungen angegliedert werden. Einigen Autonomen Referaten drohen deshalb Kürzungen. Das Frauen\*Referat und das Trans\*Inter\*SchwubiLe zeigten vergangenen Donnerstag auf dem Essener Campus Präsen, um die Studierenden zu informieren.**

Der strahlende Sonnenschein am Donnerstagmittag war trügerisch. Ein ziemlich kalter Wind piffte um den Eingang der Essener Hauptmensa. Doch das hielt die Referent\*innen nicht davon ab, sich genau dort hinzustellen. Kurz nach 14 Uhr war der Stand aufgebaut. Die Studierenden wurden mit einem großen Topf heißen Kakao und Zuckerwatte empfangen. Die letzte Woche des Semesters stand an und das spiegelte sich auch auf dem Campus wider, denn viele Studierende verirren sich nicht an den Stand. Diejenigen, die der Verlockung des Kakaos und der Zuckerwatte nicht widerstehen konnten, wurden dann auch freundlich empfangen. „Der AstA möchte uns die Gelder kürzen. Dann können wir vielleicht bald keine Zuckerwatte kostenlos an euch verteilen“, entgegnet Matthias Wallmann, Referent des Trans\*Inter\*SchwubiLe Referates, einer Gruppe interessierter Studierender. Zusammen mit dem Frauen\*Referat haben sie mobil gemacht. Denn der erste Haushaltsentwurf sieht vor, die Gelder für die beiden Autonomen Referate um etwa 25 Prozent zu kürzen. Demnach würden vier der fünf unabhängigen Referate, dazugehören auch das Internationale (IR) und das Fachschaftenreferat, nur noch 7.500 Euro im Jahr zur Verfügung stehen. Bislang haben das Trans\*Inter\*SchwubiLe und das Frauen\*Referat je 10.000 Euro pro Haushaltsjahr erhalten.

Matthias Wallmann war es auch, der auf der vergangenen StuPa-Sitzung einen Antrag auf Erhöhung der Gelder für das Trans\*Inter\*SchwubiLe eingereicht hatte. „Jedoch haben wir den Antrag ausgearbeitet, bevor der Haushalt in dieser Form

vorgelegt wurde“, sagt er vergangenen Donnerstag am Stand. Der Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Auf die Frage, was die beiden Referate mit dem Infostand erreichen wollen, erklärt Wallmann: „Die Studierenden sollen sehen, was sie durch die Wahl erreicht haben. Wir lassen uns nicht die Gelder streichen, ohne dass die Studierenden das mitbekommen.“ Sowohl das Trans\*Inter\*SchwubiLe als auch das Frauen\*Referat sehen in den Kürzungen ihre Autonomie bedroht. Sie befürchten, ihr Angebot an Veranstaltungen, Vorträgen und Workshops könnte in Zukunft geringer werden.

### Noch nichts entschieden

Öffentlichkeitsreferent Christian Weidkamp (RCDS) erklärt auf Anfrage der aktuell: „Wir verstehen, dass die beiden genannten Referate lieber einen größeren Betrag selbstständig verwalten wollen, aber ihre Autonomie sehen wir auch durch eine moderate Kürzung in keiner Weise beschnitten. Außerdem hat der AstA angeboten, den Betrag mit den beiden Referaten zu diskutieren.“ Ein Gespräch zu diesem Thema soll diese Woche erfolgen. Auf der StuPa-Sitzung wäre zwar der Antrag auf die Erhöhung des Budgets abgelehnt, dafür aber eine dritte Stelle für das Trans\*Inter\*SchwubiLe einstimmig angenommen worden. Würden die Personalkosten mit eingerechnet, erhöhten sich dadurch die Mittel um 2.300 Euro, so der Öffentlichkeitsreferent. Dennoch wurde auf der Sitzung darüber diskutiert, ob jedes Referat gleich viel bekommt, wie es der Haushalt vorsieht oder wie von der Opposition gefordert, nach Bedarf geregelt werden soll. Das sieht Weidkamp kritisch: „Die Opposition will hingegen, dass jedes Autonome Referat seinen Bedarf selbst festlegt. Das ist zum einen Unrecht, weil das StuPa damit seiner Hoheit über den Haushalt beraubt wäre. Zum anderen ist es ungerecht – der Studierendenschaft und sparsamen Autonomen Referaten gegenüber.“

Der Haushalt wurde zunächst in erster Lesung behandelt und es könnte sich noch einiges verändern. Darüber werden die Autonomen Referate mit Sicherheit noch viel Aufklärungsarbeit leisten. Mit Zuckerwatte und warmen Kakao. [mehu]



# Wir brauchen mehr Aktivismus von unten

**Donald Trumps zwischenzeitliches Einreiseverbot für Menschen aus dem Irak, Iran, Syrien, der dem Jemen und anderen islamisch geprägten Ländern haben für viel Aufregung gesorgt. Doch man muss gar nicht über den großen Teich schauen, um auf antimuslimische Politik zu stoßen. In Österreich wird gerade über ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst gesprochen, welches in Deutschland in einigen Bundesländern ebenfalls noch gilt. aktuell-Redakteur Daniel Veutgen hat mit Yasmine Souhil, Referentin für das Internationale Referat an der Universität Duisburg-Essen, über ihre Einschätzung der aktuellen politischen Lage gesprochen.**

**ak[duell]: Welche Aufgaben habt ihr als Internationales Referat?**

**Yasmine Souhil:** Viele internationale Studierende, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, haben Probleme mit dem Ausländeramt oder betrügerischen Vermietern, andere beschwerten sich wegen des fehlenden Gebetsraums am Campus, beklagen Finanzierungsprobleme und wissen sich nicht zu wehren. Wir unterstützen sie und geben den marginalisierten Gruppen eine laute Stimme. Mit unserer Demo ‚Bündnis: Für ein gutes Leben für alle‘ und einer Podiumsdiskussion zum Thema antimuslimischem Rassismus haben wir auf Missstände hingewiesen.

**ak[duell]: Wodurch wird in deinen Augen die strukturelle Benachteiligung von Menschen muslimischen Glaubens, die aufgrund ihrer religiösen Überzeugung ein Kopftuch tragen, deutlich?**

**Yasmine Souhil:** Das bis 2015 geltende pauschale Kopftuchverbot für Lehrerinnen in mehreren Bundesländern, mit Ausnahmeregelung für die christliche Nonnentracht, beweist für mich die Inkonsequenz deutscher Rechtsprechung und die Privilegierung der Kirche im Deckmantel des Säkularismus. Eine Studie der Uni Linz hat gezeigt, dass Unternehmen gerade mal drei Prozent der Bewerberinnen mit Kopftuch einladen. Auch andere Studien bestätigen, dass die Bewerberinnen im Vergleich zu nicht-muslimischen ‚deutschen‘ Frauen nicht nur wegen ihrer offensichtlichen religiösen Zugehörigkeit, sondern gleichzeitig aufgrund ihres Migrationshintergrundes einen Nachteil haben. Sie sind damit einer mehrfachen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sind und das trotz gleicher Qualifikation. Muslimas mit oder ohne Kopftuch sind deswegen besonders im Arbeitsleben geschlechtsspezifischer, ethnischer und reli-



*Yasmine Souhil gab der aktuell ein Interview zum Thema Kopftuchverbot und antimuslimischer Politik. (Foto: privat)*

giöser Benachteiligungen ausgesetzt.

**ak[duell]: In Österreich gab es vergangene Woche eine große Demonstration gegen das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst. Welches Zeichen sendet so eine Demonstration an die Politik?**

**Yasmine Souhil:** 4.000 Personen haben an einer antirassistischen und feministischen Demonstration gegen das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst teilgenommen. Besonders war, dass die Demonstration sowohl von muslimischen als auch nicht-muslimischen Frauen geführt wurde. Solidarisch zeigen sie, dass es hier nicht nur um einen Einschnitt in die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Frau geht, sondern um eine massive Verletzung von Menschen- und Minderheitenrechten.

**ak[duell]: Macht dir die politische Entwicklung, in Hinsicht auf beispielsweise die USA oder Österreich, manchmal Angst?**

**Yasmine Souhil:** Angst vielleicht, aber es ist für mich eher eine Motivation politisch aktiver zu werden. Konservative, neoliberale, rechte, autoritäre und antifeministische Parteien haben europaweit hohen Zulauf. Der Aufstieg dieser Parteien sollte ein Weckruf an uns alle sein. In Deutschland ist es insbesondere das Ergebnis von einer Politik, die es verpasst hat, die soziale Ungleichheit und rassistische Strukturen in Deutschland zu verhindern. Wir brauchen mehr Aktivismus von unten für den Wi-

erstand gegen rassistische, kapitalistische, patriarchale Strukturen unserer Gesellschaft. Die Demo in Österreich zeigt eine solidarische Form des gemeinsamen Protests, die unbedingt nötig ist, sonst folgen weitere Verbote für Minderheiten, die ich mir gar nicht ausmalen möchte.

**ak[duell]: Wie beurteilst du die Lage in Deutschland in diesem Zusammenhang?**

**Yasmine Souhil:** Konservative Parteien und allen voran die AfD haben den Islam als Feindbild Nummer eins ausgewählt. Wir müssen uns also mit allen Minderheiten solidarisieren, ob Muslime, die LGBTQ-Community oder Jüd\*innen, die ausgegrenzt werden. Geschichte wird ein vermeintlicher ‚Kampf der Kulturen‘ à la Samuel Huntington suggeriert, dabei lenken zum Beispiel Forderungen nach Kopftuchverboten von aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Missständen ab. Viele Forscher bestätigen, dass genau diese Form der Ausgrenzung nur den Zulauf hin zum gewaltbereiten Salafismus fördert.

**ak[duell]: Wie soll man Leuten entgegen-treten, die sagen, dass ein Kopftuch ein Symbol für die Unterdrückung sei?**

**Yasmine Souhil:** Das Kopftuch ist auch kein Symbol des Islam per se, denn eine Frau ist unter anderem auch dann eine gläubige Frau, wenn sie keines trägt. Mein Körper gehört mir und weder der Staat, noch weniger Männer haben zu entscheiden, wie ich mich zu kleiden habe. Deutschland ist ein freies und pluralistisches Land, wir können nicht alles Befremdliche mit autoritären Verboten aus dem öffentlichen Leben verbannen. Kopftuchverbote bedeuten Zwang, eine spezifische Form der Unterdrückung von Frauen. Was unterscheidet uns dann noch vom absurden Kopftuchzwang, der in Saudi-Arabien und im Iran praktiziert wird? Die paradoxe Praxis von Kopftuchverboten sind analog zu Kopftuchzwängen. In beiden Fällen gesteht man Frauen die Entscheidungsfreiheit nicht zu. Um ehrlich über Geschlechterverhältnisse in Deutschland zu sprechen, muss der allgegenwärtige Sexismus, der Gender-Gap oder unbezahlte Care-Arbeit, kritisiert werden, anstatt aktuelle gesellschaftlichen Probleme auf das Kopftuch selbst zu projizieren, indem die Frauen nur noch zu einem Objekt degradiert werden.

*Das komplette Interview könnt ihr unter [www.akduell.de](http://www.akduell.de) nachlesen.*

# Make Bildungspolitik Great Again!



Nicht unser Schulsystem: Eltern demonstrieren in den USA. (Foto: Ted Eytan, flickr.com, CC BY-SA 2.0)

**Zu große Klassen, fehlende Mittel für vielseitigen Unterricht und Freizeitangebote in den Schulen, wenig Fachpersonal für integrierenden Unterricht jeglicher Form – in öffentlichen Schulen der USA (wie auch in Deutschland) läuft einiges falsch. Die vor kurzem knapp bestätigte Bildungsministerin im Trump-Kabinett, Betsy DeVos, hält dem eine Stärkung der privatwirtschaftlich organisierten Schulen entgegen. Zu den Konsequenzen neoliberaler Bildungspolitik.**

DeVos plädiert in ihrer Amtsbestätigung für ein Gutschein-Konzept privater Schulen, das einkommensschwachen Familien den Zugang zu selbigen ermöglichen soll. Dabei ist Kritik an öffentlichen Schulen der USA durchaus berechtigt. Das erkannte 2001 sogar der republikanische Präsident George W. Bush und erließ den No Child Left Behind-Erlass (NCLB), dazu gehört unter anderem ein standardisierter Leistungstest zur periodischen Erfassung des Bildungsstandes und des Vergleichs von Schulen. Damit wurden Kriterien für 'failing schools' etabliert. In Konkurrenz mit den Ergebnissen vom Vorjahr und mit anderen Bildungseinrichtungen treten, ist Teil des Programms, um die Qualität der Schulen anzuheben, jedoch ohne weitere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Republikanische Tradition, Neoliberalismus pur: Statt staatliche Schulen besser zu finanzieren, wird Druck und Konkurrenz aufgebaut. Zum NCLB gehörte auch die erstmalige Einführung von Schulgutscheinen für

Privatschulen, die bisher jedoch nur begrenzt gültig waren und von Wenigen in Anspruch genommen wurden. DeVos setzte sich bereits vor ihrem Amt durch Spenden und Verbindungen zu christlichen Organisationen aktiv für die Gutscheine ein, die nun in 13 Bundesstaaten anerkannt sind und argumentiert damit weiterhin in Bushs Manier.

Sie bezieht sich bei ihrer Amtseinführung explizit auf 'failing public schools', die die Milliardärin selbst wohl nur aus der Bush-Rede kennt. Ihr Master-Plan dagegen: Den öffentlichen Bildungsinstitutionen, und damit auch den in den USA starken Lehrer\*innengewerkschaften, die staatliche Förderung entziehen, um sie Privatschulen zukommen zu lassen. „Sie hat konsequent ihre Unternehmensagenda vorangetrieben, um die staatliche Bildung zu privatisieren und zu entprofessionalisieren“, reagierte die Lehrer\*innengewerkschaft NEA auf DeVos' Nominierung. Bisher war es verfassungsrechtlich untersagt, Privatschulen staatlich zu finanzieren, jedoch untergräbt das Gutschein-Konzept diese Regelung, wenn sie 40 Prozent förderbedürftige Schüler\*innen aufnehmen.

## Religion ist Privatsache

Mit den Vouchern (Gutscheinen) soll Erziehungsbeauftragten mehr „Wahlmöglichkeiten“ zugestanden werden. Diese Gutscheine bezahlen die Privatschule aber nur teilweise. Für den Rest sollen Menschen mit geringem Einkommen selbst aufkommen. Falls sie das nicht können, wären sie weiterhin ge-

zwungen ihre Kinder auf die (bis dahin noch schlechter ausgestatteten) öffentlichen Schulen zu schicken. Falls doch, ist die Qualität und Säkularität der privaten Schulen, besonders in einkommensschwachen Gegenden, keineswegs gesichert. Je nach Bundesstaat unterscheidet sich, ob sich die Privatschulen an den Lehrplan halten müssen, der Gültigkeit für die öffentlichen Schulen besitzt. Viele Privatschulen beteiligen sich jedoch freiwillig auch an nationalen, standardisierten Curricula, da sie ihre Schüler\*innenschaft über ihren vermarkteten Ruf generieren. Sie werben beispielsweise damit, die geforderten Inhalte besser zu vermitteln und darüber hinaus auch religiöse oder sonstige Aktivitäten zu fördern.

Was auch meist stimmt, da an einer Privatschule abhängig vom Einkommensstand der Gegend und Sponsor\*innen (oft christliche Verbände oder Konzerne) in deutlich kleineren Gruppen gelernt wird. Vom Lehrpersonal wird größtenteils ein Bachelor gefordert, spezielle Regeln für Lehrtätige in Privatschulen sind in einigen Bundesstaaten aber völlig ausgehebelt. „Der florierende Markt mit tatsächlich guten Privatschulen ist faktisch auf Regionen mit einem überdurchschnittlichen Anteil besser gestellter Familien begrenzt, in denen sich dann eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Privatschultypen auch mit alternativpädagogischen Konzepten findet“, schreibt die *Zeitschrift für Pädagogik* über Privatschulen in den USA.

## Was fehlt ist Unterstützung

DeVos, selbst protestantisch erzogen, bezieht sich in ihrer bildungspolitischen Vision deutlich auf „christliche Werte“. Mit der staatlichen Förderung privater Schulen, besonders der Charter-Schulen, die von privaten Betreiber\*innen verwaltet, aber mit Steuergeld finanziert werden und durch Vertragsschlüsse mit dem Bundesstaat besonders von Regelungen ausgenommen sind, geht eine Stärkung der religiösen sowie unternehmerischen Think Tanks und Institutionen einher, denen DeVos mit ihrer Bildungsreform den Weg zur Erziehung der Schüler\*innenschaft ebnet.

Trump sprach sich beispielsweise auch explizit gegen bundesweite Curricula aus. Die „Common Core State Standards seien eine totale Katastrophe und führten nur zu Bürokratie“, zitiert die *Zeit* Trump. DeVos passt ins Bild des schaurigen Trump-Kabinetts. Sollte sie ihre Pläne umsetzen, was von den einzelnen Bundesstaaten abhängt, werden sich Einkommensgefälle nur verlagern und „bessere“ und „schlechtere“ Privatschulen weiter etablieren. DeVos glaubt, dass die öffentlichen Schulen, sobald sie mit Privatschulen um Schüler\*innen in Konkurrenz treten müssen, besser werden. Das einzige was ihnen jedoch wirklich fehlt, ist Unterstützung. [lys]



# Unterschriften gegen Turbo-Abi

**G8 oder G9? Darüber wird seit Jahren gestritten. Während Niedersachsen bereits den Weg zurück zum Abitur nach 13 Schuljahren gewählt hat, steht die Entscheidung in NRW noch aus. Die Initiative G9 jetzt! hat nun ein Volksbegehren auf den Weg gebracht. Ihre Forderung: Zurück zur Halbtagsschule und „mehr Zeit für Kinder und Jugendliche“.**

Seit 2005 heißt es an Gymnasien in NRW: Nach acht Jahren ist das Abitur in der Tasche. Ziel war es, jüngere Absolvent\*innen für die Wirtschaft zu generieren, die gleichzeitig länger in die Rentenkasse einzahlen können. Die Reform stößt allerdings auf heftige Kontroversen.

Während die Befürworter\*innen von G8 betuern, Schüler\*innen fühlten sich weder gestresster, noch hätten sich ihre Noten verschlechtert, sehen die Gegner\*innen das deutlich anders. Marcus Hohenstein, Sprecher der Initiative G9 jetzt!, erklärt: „G8 wurde als ‚Schulzeitverkürzung‘ verkauft, tatsächlich handelte es sich um eine Schulzeitverlagerung.“ Statt der bisherigen durchschnittlich 30 Unterrichtsstunden, ergab sich durch G8 ein Anstieg von drei Stunden pro Woche in der Sekundarstufe I. Ein „quantitativer Irrtum“, meint er. Politiker\*innen würden glauben, dass Schule so viel wie vorher leisten könne.

## Mehr Stress, weniger Freizeit?

Mit Bezug auf den 15. Jugendbericht der Bundesregierung führt Hohenstein an, „ein entscheidendes Problem heutiger Kinder und Jugendlicher [seien] die fehlenden Freiräume“. Das Hector-Institut für Empirische Bildungsforschung befragte für eine Studie baden-württembergische Schüler\*innen, die mit G8 beziehungsweise G9 beschult wurden. Das Ergebnis korreliert mit Hohensteins Beobachtungen. Die Schüler\*innen haben mehr gesundheitliche Probleme, weniger Freizeit und deutlich mehr Stress.

Kritik am Gesetzesentwurf von G9 jetzt! kommt unter anderem von der Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW (LeiS NRW). Der Pflichtunterricht soll auf den Standard von vor 2005 zurückgesetzt werden und damit auf 180 Jahreswochenstunden gekürzt werden. In einer Pressemitteilung der LeiS NRW kritisieren sie, dass hieraus ein Nachteil für alle anderen Schulformen entstehe, da diese „die erhebliche Unterrichtskürzung von fast fünf Prozent“ zur Folge hätte. Hierbei handle es sich um Ergänzungsstunden, die mit der G8-Reform eingeführt wurden und beispielsweise der Förderung von Fremdsprachen dienen sollen. Im Gesetzesentwurf werde aber angestrebt, dass es die Sekundarstufe I aller Schulformen betrifft. LeiS NRW plädiert daher: „Ein Gesetzgebungsverfahren im Landtag ist der bessere Weg, weil Sachverstand und Weitsicht hinsichtlich der Wirkungen und Nebenwirkungen einer Veränderung einfließen können.“

Seit 2010 können Gymnasien in NRW be-



*Seit Anfang des Jahres werden Unterschriften gesammelt. Das Ziel: Zurück zu G9. (Grafik: caro)*

antragen, wieder das neunjährige Abitur einzuführen. NRW-Kultusministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) kündigte an, man werde vor den Landtagswahlen keine Entscheidung treffen. Vergangenes Jahr machte sie aber bereits den Vorschlag, man solle künftig an allen Gymnasien sowohl G8 als auch G9 anbieten. Schüler\*innen sollen nach der sechsten Klasse die Wahl haben, sich entweder in drei oder in vier Jahren auf die Oberstufe vorzubereiten. Um auf unterschiedliche Lerntempos Rücksicht zu nehmen, könnten „individuelle Lernzeiten“ eingeführt werden. Bei Bedarf könnten niedrigere Jahrgangsstufen besucht werden, um Lerninhalte zu wiederholen. Die zweite Fremdsprache solle erst wieder ab Klasse 7 gelehrt werden.

Für Hohenstein ist dies allerdings keine Alternative: „Das Volksbegehren strebt eine einheitliche Lösung an. Denn die genannten Probleme werden nicht dadurch gelöst, dass nur ein kleiner Teil der Schüler\*innen davon profitiert.“ Er fügt hinzu: „Echte Wahlmöglichkeiten entstehen nicht durch G8 mit G9-Option, sondern durch die Möglichkeit des Überspringens oder durch D-Zug-Klassen (...) in einem 13-jährigen Bildungsgang.“

Durch das Volksbegehren soll das Thema im Landtag behandelt werden. Hierfür werden etwa eine Million Unterschriften benötigt, die noch bis zum 4. Januar 2018 gesammelt werden können. Neben der freien Unterschriftensammlung liegen noch bis zum 7. Juni in den Rathäusern Listen aus. Sollte der Landtag, trotz der erreichten Unterschriftenzahl, das Volksbegehren ablehnen, dürfen die Bürger\*innen einen Volksentscheid verlangen. Auch hier warnt LeiS NRW, im Landtag könne nur über den vorgelegten Gesetzesentwurf entschieden werden: „Der Landtag kann den Text nur unverändert annehmen – oder er muss ihn ablehnen.“ [caro]

## Bilden!

**„Die haben gedacht, wir waren das“**



Lesung im NS-Dokumentationszentrum Köln: Migrant\*innen schildern ihre Perspektive auf den NSU, rechten Terror und den Rassismus in der Gesellschaft. Die Herausgeber\*innen und teils Autor\*innen werden aus ihrem neuen Buch *Die haben gedacht, wir waren das* lesen.

➤ **Donnerstag, 16. Februar, 19 Uhr, NS-Dokumentationszentrum, Appellhofplatz 23-25, Köln, Eintritt ermäßigt 2 Euro**

## Begrünen!

### Neue Hochschulgruppe für Campusgarten

Ihr wollt die Hände in die Erde verbuddeln? Und das auch noch auf dem Hochschulgelände? Dann könnt ihr jetzt bei einer neuen Hochschulgruppe einsteigen. In Duisburg wird der Campus Garten dann nämlich offiziell gemacht. Die Gruppe ist für alle Interessierten offen. In Zukunft sollen Hochbeete den Campus Garten aufwerten und das Studierendenparlament hat gerade erst Werkzeug genehmigt. Es kann also fröhlich weiter gepflanzt werden.

➤ **Mittwoch, 20. Februar, 10 Uhr, LF-Gebäude, Campus Duisburg**

## Ballern!

### Fastnachtanzdemo in Duisburg

Mir feiere Karneval: Duisburger Initiativen laden zum Protest-Karneval für ein Soziokulturelles Zentrum in der Alten Feuerwache in Duisburg-Hochfeld (aktuell berichtete) ein. Tanzt mit auf den Straßen für das Recht auf Stadt, Mitbestimmung über Freiräume und Kultur für alle.

➤ **Samstag, 25. Februar, 17 Uhr, Duisburger Hauptbahnhof, Haupteingang, Feiern für Lau**

# Das BVB-Dilemma

**Alle haben es gesehen, gehört oder gelesen: Am Samstag, 4. Februar, kam es am Rande der Bundesliga-Begegnung zwischen Borussia Dortmund und Rasenballsport Leipzig zu Angriffen auf Leipziger Fans. Viel wurde in der vergangenen Woche über die Kritik an RB Leipzig und die Ausmaße dessen diskutiert. Von ideologischen Analysen bis hin zu Forderungen nach wöchentlichem Freiheitsentzug war alles dabei. Der BVB befindet sich dabei in einer besonderen Situation: Zwischen internationaler Marke und dem Ruf nach Tradition.**

Seit RB Leipzig in der vergangenen Saison den Aufstieg in die Bundesliga perfekt gemacht hat, ist die Diskussion um den oft als „Dosenclub“ bezeichneten Verein größer als je zuvor. Überall Proteste, nahezu jede Fan- und Ultragruppierung äußert ihre Meinung zum Dasein vom vermeintlichen Marketingprodukt der Bundesliga. Nur die TSG Hoffenheim – mittlerweile fast völlig aus dem Fokus der Fans verschwunden – hat in den Jahren zuvor ähnlich polarisiert. Fans und Verantwortliche des BVB haben sich bei den Protesten gegen „den modernen Fußball“ immer besonders hervor getan.

## Unerträgliche Widersprüche

Seit über einem Jahrzehnt stehen an der Spitze des BVB Reinhard Rauball als Präsident und Hans-Joachim Watzke als Geschäftsführer der Borussia Dortmund GmbH & Co. KGaA. Letzterer tritt besonders häufig in Erscheinung, vor allem wenn es um den Erhalt der 50+1-Regel geht. Das ist eine Vorschrift in den Statuten der Deutschen Fußball-Liga (DFL), die stark verkürzt sagt, dass der Verein an einer in eine GmbH ausgegliederte Profimannschaft die Mehrheit halten muss. Hans-Joachim Watzke meldet sich aber nicht nur zu dieser Regelung zu Wort, sondern ist auch einer der prominentesten Kritiker\*innen von RB Leipzig.

Dabei befinden sich die Fans des BVB und Watzke auf einem schmalen Grad. Einerseits sehnen sich alle nach Titeln und Erfolgen; Borussia Dortmund ist dabei längst zur internationalen Marke geworden. Es verwundert daher auch nicht, dass zu Beginn der Saison 2016/2017 Watzke auf einer Bilanz-Pressekonferenz sagte: „Wir haben im laufenden Geschäftsjahr im Konzern einen Umsatz erzielt von 376 Millionen Euro.“ Damit erreichte der BVB einen nie dagewesenen Rekord und sah sich fast schon genötigt, mehr dazu zu sagen: „Wir sind uns bewusst, dass das ein Spagat ist zwischen Borsigplatz und Shanghai, aber die Alternative wäre ja zu sagen: ‚Wir sind nur Borsigplatz und dann landest du irgendwann auf dem Niveau von...‘“.

Es erscheint dabei allzu normal, dass Watzke vom „Konzern Borussia Dortmund“ spricht, auch das vorhandene Bewusstsein für die Widersprüche, sich nah an den eigenen Fans zu bewegen, aber gleichzeitig Trainingslager in den



Kritik an RB Leipzig bei den Amateuren des BVB. Ein oft genutztes Mittel: Viel Pathos, wenig Inhalt. (Foto: Tili 1912, flickr.com, CC BY-NC 2.0)

Vereinigten Arabischen Emiraten abzuhalten, scheint eine Selbstverständlichkeit zu sein. Auf dem Weg zur internationalen Marke ist eben alles erlaubt, einerseits Kritik an RB Leipzig wegen fehlender Tradition und mangelnder demokratischer Teilhabe im Verein, andererseits in Dubai Testspiele bestreiten, wo Menschenrechte keinen Pfifferling wert sind.

## Kein Ausweg

Es verwundert daher auch nicht, dass das Dilemma, in das sich Hans-Joachim Watzke und die Fans des BVB begeben haben, keinen Ausweg kennt, der eine Kritik an RB Leipzig legitimer macht. Dass die Stimmungsmache und der ideologische Charakter hinter den Protesten gegen RB Leipzig in den vergangenen Tagen kritisch betrachtet wurden, ist jedenfalls nicht dem BVB und erst recht nicht der Führung des Klubs zu verdanken.

BVB-Geschäftsführer Hans-Joachim Watzke hat in der jüngeren Vergangenheit mehrfach Stellung bezogen zum Thema RB Leipzig. Zum Beispiel sei bei dem Verein „nichts, aber auch gar nichts historisch gewachsen“ oder aber: „Da wird Fußball gespielt, um eine Getränkedose zu performen.“ Dass nun Rufe laut werden, auch von Leipziger Fans, die ihm eine Mitverantwortung an den Ausschreitungen geben, ist wenig überraschend. Auch wenn die Anschuldigungen dann teils über das Ziel hinaus schießen: So sagen beispielsweise die Bornauer Bullen, ein Fanclub von RB Leipzig, dass er moralisch für Gewalt- und Hassexzesse der BVB-Anhänger\*innen gegenüber den RB-Leipzig-Fans stehe.

Nach den Angriffen drängt sich nun die Frage auf, wie es in Zukunft um die Kritik an RB Leipzig aus dem BVB-Lager bestellt sein wird. Der Verweis auf Tradition jedenfalls und die teilweise Entmenschlichung durch den Vorwurf, es werde alleine Fußball gespielt, um Red Bull zu vermarkten, dürfte zumindest Watzke in Zukunft unterlassen. Die Anhänger\*innen des BVB, aber auch vieler anderer Vereine, wer-

den wohl weiter daran festhalten, auch weil die Widersprüche ohnehin nur wenige Fans interessieren.

## Nie da gewesene Gewalt?

Bezeichnend ist in Folge der Ausschreitungen auch die mediale Berichterstattung zur Gewalt in Fanszenen. So fragt *Welt N24* beispielsweise danach, ob die Fußball-Fanszene in Deutschland ein Gewaltproblem hätte. Fünf Auswahlmöglichkeiten haben die Lesenden zur Beantwortung der Frage, quasi wie bei einer wissenschaftlichen Umfrage. Dass solche Fragen jedoch nicht im Konkreten auf RB Leipzig angewendet werden, offenbart die meist fehlende Auseinandersetzung des Sport-Journalismus mit Fanszenen.

Es gibt keinen Draht zu ihnen, die meisten Fanszenen sprechen nicht mit Pressevertreter\*innen, tun sie es doch, gelten sie teilweise als Verräter\*innen. Andersherum gibt es oft auch undifferenzierte Berichterstattung von (Sport-)Journalist\*innen: So wird der Einsatz von Pyrotechnik oftmals mit Gewalt gleichgesetzt, Ultras gar als Hooligans bezeichnet, obwohl die Ultragruppen insbesondere beim BVB in den vergangenen Jahren zur Zielscheibe von rechten Kampfsport-Hools wurden. Wer jetzt von einer nie dagewesenen Gewalt schreibt, hat nicht nur Defizite im Wissen um die Historie von Gewalt im Fußball zu verzeichnen.

Am Ende lässt sich festhalten, dass die große BVB-Familie ein ideologisches Problem hat, mit dem eine Auseinandersetzung erfolgen muss. Selbst eine internationale Weltmarke sein, dabei allen Anforderungen des Kapitalismus gerecht werden und RB Leipzig für die konsequente Durchsetzung der Vereinsinteressen zu kritisieren, ist nicht glaubwürdig. Eine undifferenzierte Darstellung, fehlende Einordnung von Gewalt in Fanszenen, Pauschalisierung und Forderungen nach mehr Repressionen sind aber ebenfalls unglaubwürdig und erst recht keine Lösung für ein ernstzunehmendes Problem. [rodt]



# Ich mache da Urlaub, wo andere Diktatur machen

**Vor knapp zwei Jahren war der Reporter und Autor Stephan Orth für zwei Monate im Iran unterwegs. Aber nicht einfach als herkömmlicher Tourist, sondern als Couchsurfer – und Journalist. Eine ganz besonders gefährliche Kombination, denn im Iran ist beides nicht besonders gerne gesehen. Gerade ist er mit seinem Roman *Couchsurfing im Iran* auf Lesetour durch Deutschland. Auch in Essen hat er einen Stopp eingelegt. aktuell-Redakteurin Mirjam Ratmann hat ihn getroffen.**

**ak[duell]: Sie waren jetzt schon zwei Mal im Iran. Woher kommt Ihre Faszination für das Land?**

**Stephan Orth:** Ich arbeite schon lange als Reise-Redakteur. Dabei suche ich immer besonders nach Reisezielen, die noch nicht auf der touristischen Landkarte sind. Ich habe schon öfter von Leuten gehört, die im Iran waren und in höchsten Tönen von dem Land und seinen Leuten geschwärmt haben. Deswegen war es schon länger auf meiner Liste. Im Jahr 2013 habe ich dann irgendwann gesagt: „Jetzt passt es und jetzt fahre ich dahin.“ Erst einmal nur für zwei Wochen. In dieser Zeit habe ich aber schon für mich gemerkt, dass das Land mich selbst völlig begeistert hat, gerade die Herzlichkeit der Menschen. Daraufhin bin ich dann ein Jahr später wiedergekommen und habe das Buch geschrieben.

**ak[duell]: Abgesehen von der Herzlichkeit der Menschen, die Sie bereits erwähnt haben – was macht den Iran noch zu einem so spannenden Reiseland?**

**Stephan Orth:** Es hat einfach ganz viel zu bieten. Einerseits natürlich ganz tolle Architektur, besonders in den Städten wie Isfahan oder Schiras, dort ist die islamische Architektur besonders spektakulär. Vor allem unter dem Aspekt, dass es im Moment ganz wenige islamisch geprägte Länder gibt, die man ohne größere Gefahren bereisen kann. Außerdem gibt es ganz tolle, spannende Wüstenregionen. Aber für mich sind wirklich die Einheimischen die Hauptattraktion, weil die so gastfreundlich und herzlich sind, wie ich es so noch in keinem anderen Land bisher erlebt habe.

**ak[duell]: Zu Beginn ihres Buches sagen Sie an einer Stelle: „Ich mache da Urlaub wo andere Diktatur machen.“ So richtig von Urlaub lässt sich da ja nicht sprechen oder wie kann man sich das vorstellen?**

**Stephan Orth:** Grundsätzlich gibt es ja immer so eine Diskussion, ob man in solche Länder reisen soll oder nicht, ob man damit nicht eher die Regierung unterstützt. Ich habe aber die Erfahrung gemacht, dass man gerade in solchen Ländern besonders herzlich aufge-



*Der Autor liest bei der Veranstaltung bedächtig aus seinem Buch vor. (Foto: rat)*

nommen wird und dass es die Leute dort sehr zu schätzen wissen, dass man eben doch hinkommt, trotz der politischen Situation und sich sein eigenes Bild machen will. Ich glaube auch, dass die Leute selber was davon haben und dass es sie inspiriert, wenn sie mit jemandem aus Europa sprechen können und mitbekommen, in welchen Freiheiten wir leben. Und dass es sie inspiriert, dann dafür auch selber mehr zu kämpfen. In der Hinsicht hatte ich den Eindruck, dass es auch sehr positive Dinge bewirkt. Das macht es auch zu einem sehr emotionalen Erlebnis, wenn man mit den Menschen dort zu tun hat. Wenn man jetzt aber natürlich wahnsinnig viel Geld ausgeben würde und in den teuersten Hotels übernachtet, wo man weiß, dass das Geld womöglich an das iranische Regime fließt, hätte ich dann auch ein ganz schlechtes Gefühl dabei.

**ak[duell]: ...deswegen haben Sie sich auch entschieden, im Iran Couchsurfing zu machen. Wie sind Sie darauf gekommen?**

**Stephan Orth:** Couchsurfing mache ich schon seit über zehn Jahren auf jeder meiner Reisen. Ich kann mir das auch gar nicht mehr vorstellen, anders unterwegs zu sein. Es ist mir sehr wichtig mit den Leuten eines Landes direkt zu tun zu haben und nicht so isoliert zu sein als Tourist. Ich bin richtig süchtig nach Couchsurfing.

**ak[duell]: Beim Couchsurfing trifft man schonmal auf sehr verrückte Persönlichkeiten oder gerät in skurrile Situationen. Ist Ihnen da im Iran etwas Derartiges passiert?**

**Stephan Orth:** Verrückt war sicher eine Übernachtung in der unmittelbaren Umgebung von einem Atomkraftwerk, in der Nähe von

Buschehr. Das ist ein ganz berühmtes Atomkraftwerk, das erste überhaupt, das im Iran gebaut und in Betrieb genommen wurde. Es war schon ein komisches Gefühl nur 500 Meter entfernt von einem Atomkraftwerk zu schlafen und wo einem auch der Gastgeber sagt, dass das Gebiet eigentlich schon längst hätte evakuiert werden sollen. Da habe ich dann wirklich nicht gut geschlafen. Aber jeder Gastgeber für sich war eine eigene Welt. Man muss auf jeden Fall immer offen sein für Überraschungen. Mir war es immer wichtig, spontan zu sein und mich voll auf die Iraner und ihr Leben einzulassen.

**ak[duell]: Jetzt waren Sie im Iran aber nicht bloß als Tourist unterwegs, der die Iraner näher kennen lernen wollte, sondern auch als Journalist. Sind Sie deswegen in Schwierigkeiten geraten?**

**Stephan Orth:** Da gab es vor allem eine kritische Situation als wir an einer Wache an der Grenze zum Irak vorbeigekommen sind. Da sind die Polizisten immer etwas nervös, weil da oft Menschen illegal über die Grenzen gehen. Da haben mich die Polizisten nach meinem Ausweis gefragt. Und als ich denen dann nur eine Kopie meines Ausweises gezeigt habe, sind sie misstrauisch geworden und haben zwei Stunden lang mein gesamtes Gepäck durchsucht. Auch die Fotos in der Kamera. Da haben sie aber zum Glück nichts gefunden, obwohl auch kritische Aufnahmen dabei waren. Da hatte ich zwischendurch echt Angst. Drei Monate später wurde ein Reporter der Washington Post festgenommen und wegen Spionage-Verdachts 18 Monate ins Gefängnis gesteckt.

**ak[duell]: In ein Land wie den Iran reist sicherlich keine\*r ohne gewisse Vorurteile. Was gab es für Vorurteile, die sich für Sie bestätigt haben oder die sich entkräften ließen?**

**Stephan Orth:** Ein Vorurteil war sicherlich, dass ich dachte, dass 90 oder 95 Prozent der Iraner streng gläubige Muslime seien. Das habe ich dann aber viel weniger gesehen. Die Mullahs, die Machthaber, sind schon in der Minderheit. Aber sie sind so mächtig und so brutal, dass sie es trotzdem schaffen, an der Macht zu bleiben. Aber ich habe so viele Leute kennengelernt, die zu Hause offen über den Islam lästern und die auch ständig die Regeln brechen. Das hat mich schon überrascht.

**ak[duell]: Abschließend die Frage: Was sind die iranischen Menschen für Sie in fünf Worten?**

**Stephan Orth:** Interessiert, herzlich, stolz, gastfreundlich und desillusioniert.

*Das komplette Interview könnt ihr unter [www.akduell.de](http://www.akduell.de) nachlesen.*

# Nicht noch 1 Einkaufszentrum



Ein Schatz, ein Schatz! Das Gelände hinter dem Hauptbahnhof wird als „Diamant in der Krone“ der Bauflächen behandelt. (Foto: mac)

Hinter dem Duisburger Hauptbahnhof soll etwas Großes entstehen: ein weiteres Einkaufszentrum. So will es der Rat der Stadt, der Anfang Februar mit der Mehrheit von SPD und CDU die Planung eines Duisburger Outlet-Centers (DOC) durchgewunken hat. Dieser Masterplan hatte auch schon in Marxloh gut funktioniert: Hunderte Mieter\*innen der Zinkhüttenstadt rausgeekelt, Einkaufsmall nie gebaut (aktuell berichtete). Der Geschäftsführer der Gruppe Neinver, die den Shoppingtempel jetzt realisieren will, reibt sich die Hände. Es gehe schließlich um einen der „letzten Diamanten in der Krone“, der in ganz Deutschland vergeben würde. Nicht ohne die aktuell: Wir hätten da fünf Alternativen, die genauso gut zum neuerdings edlen Pflaster Duisburg passen würden.

### 1. Parkplätze statt Shopping

Was an der Universität unmöglich scheint, könnte am Hauptbahnhof wahr gemacht werden: Mehr Parkplätze! Grau in grau würde sich das neue Autofahrer\*innen-Paradies an den Hauptbahnhof schmiegen. Und das Beste ist: Vielleicht würden dann mehr Menschen umsteigen und mit dem Zug weiter fahren.

### 2. Mehr Luxuswohnungen braucht Duisburg!

Also wenn wir schon von Diamanten sprechen, dann aber richtig. Wie wäre es mit einer Luxuswohnanlage? Szenischen Ausblick gibt es gratis: Rechts die A59, links die Bahntrasse. Außerdem

sind die Pendler\*innen, die aus Düsseldorf einfahren, DIE potenziellen Neu-Duisburger\*innen schlechthin. Denn Hand aufs Herz: Ein Großteil der Menschen wohnt ja auch wegen der billigen Mieten in Duisburg. Nicht wegen dem bunt angeleuchteten Industrie-Rost.

### 3. Einfach mal eine Mauer bauen...

... ist ja schon seit jeher Trend und wieder topaktuell. Frankreichs Ministerpräsident Bernard Cazeneuve macht es in Calais vor, Trump stapelt schon Bauklötzchen im ovalen Büro. Mit so einem monumentalen Bauwerk könnte

Oberbürgermeister Sören Link (SPD) den reichen Süden vom vermeintlichen No-Go-Area-Norden trennen. Dann wäre er auch endlich die bei ihm oft unbeliebten „Osteuropäer\*innen“ los. Es gilt schließlich: Aus den Augen, aus dem Sinn.

### 4. Versucht's doch nochmal mit dem Treppenwitz!

Die Liste der gescheiterten Bauprojekte in Duisburg würde diesen Textrahmen sprengen. Wir möchten der Stadt aber eine Neuauflage besonders ans Herz legen: Ein zweites Eurogate. Was als moderner Gebäudekomplex am Innenhafen gescheitert ist, könnte doch am Hauptbahnhof wie Phönix aus der Asche auferstehen. Die davor für 11,8 Millionen Euro gebaute bislang unbenutzte Stufenpromenade könnte doch ratz fatz verlegt werden. Vielleicht macht ja dann auch wieder der abgesprungene Investor mit.

### 5. Wenn alle Stricken reißen, kann man immer noch Bäume fällen.

Für das Worst-Case-Szenario, dass sich auch die Investor\*innen des DOC zurückziehen, haben wir einen letzten heißen Tipp: Einfach erstmal alles platt machen. Inklusive Flora und Fauna. Das hat ja schon vor dem Hauptbahnhof geklappt. Dort, wo heute der neue Fernbusbahnhof entsteht, wurde eine imposante alte Platanen-Allee dem Erdboden gleich gemacht. Die Baumschutzsatzung, die das hätte verhindern können, wurde praktischerweise zum 1. Januar 2016 gleich komplett mit pulverisiert. Also Kettensägen an. Wir wünschen Duisburg weiterhin: Frohes „Baum fällt!“ [mac]

## Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

**Projektkoordination:** Katharina Herbrich

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Lea Sleiman (lys), Meiko Huismann (mehu), Robin Dullinge (rod), Sarah Dannehl (caro), Daniel Veutgen (dav), Mirjam Ratmann (rat), Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro)

**V.i.S.d.P.:** Maren Wenzel (mac)

**Auflage/Druck:** 5.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** redaktion@akduell.de

**Web:** www.akduell.de

## HIRNAKROBATIK

9			2		
	8		6	2	4
3	5			9	1
6		9	7		
3	4		6		9
		1	8		7
6	2			5	3
9	7	8		4	
		6			7

## WOHNHEIMGESCHICHTEN

